

Bayerischer Bezirkstag verabschiedet Resolution zum PsychKG

Krisennetzwerk für ganz Bayern gefordert

Der Bayerische Bezirkstag begrüßt den von der bayerischen Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml (CSU), durchgeführten Konsensprozess, in dem im Rahmen eines Runden Tisches Eckpunkte für ein PsychKHG erarbeitet worden sind. Der bayerische Bezirkstag hat sich mit seinen bereits im Mai 2014 verabschiedeten notwendigen Inhalten eines solchen Gesetzes intensiv in diesen Prozess eingebracht und begrüßt ebenfalls die erarbeiteten Ergebnisse.

Kernforderungen des Bayerischen Bezirkstags für ein PsychKHG sind insbesondere:

- Die Schaffung eines flächendeckenden Krisennetzwerks mit sieben regionalen Leitstellen und aufsuchender Krisenintervention als neues verpflichtendes Strukturelement, dabei soll die Verantwortung für die Einführung und für regionale Lösung im Sinne einer Hinwirkungsverpflichtung bzw. Netzwerkkoordination bei den Bezirken liegen. Der Freistaat Bayern wird weiter aufgefordert, mindestens 50 Prozent der ungedeckten Kosten des Krisennetzwerks zu refinanzieren. Als wesentliche Kostenbeteiligung könnte beispielsweise angesehen werden, mindestens die Kosten für die Leitstellen als neues Strukturelement durch den Freistaat zu übernehmen.

- Zwangsmaßnahmen sollen nur als „ultima ratio“ möglich sein, es wird daher eine regelmäßige Berichterstattung über Zwangsmaßnahmen und über die Zahl untergebrachter Menschen in allen Einrichtungen gefordert. Voraussetzung ist eine zentrale Erfassung von Zwangsmaßnahmen und Unterbringungen in allen Einrichtungen, also auch außerhalb psychiatrischer Kliniken, in einem zentralen Zwangs-Register;

Verbindliche Kooperation und Vernetzung der Akteure

- Verbesserung der Prävention von psychischen Störungen, beispielsweise durch Fortbildungsangebote für medizinisches, soziales und pädagogisches Fachpersonal und die Vermittlung von Basiskompetenzen in der Ausbildung von Lehr-, Polizei- und Verwaltungskräften;

- Die verstärkte Einbindung von Selbsthilfe und Angehörigen, ins-



Vielfacher Konsens (von links): Bezirkstagspräsident Josef Mederer, Gesundheitsministerin Melanie Huml und Peter Brieger, Ärztlicher Direktor des Bezirkskrankenhauses Kempten. FOTO LÜTTECKE

besondere durch die verpflichtende Einbindung von Betroffenen und Angehörigenvertretern durch ein obligatorisches Benennungsrecht seitens der organisierten Selbsthilfe in regionalen und überregionalen Planungsgremien

- Einrichtung regionaler unabhängiger Beschwerdestellen;
- Neuregelung des Rechts der

öffentlich-rechtlichen Unterbringung, nur im Falle einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung bei fehlendem freien Willen, wenn andere Möglichkeiten zur Abwendung der Gefährdung erfolglos geblieben sind, mit klaren Regelungen zu den Patientenrechten. Sie soll so weit wie möglich offen in einem psychiatri-

schen Krankenhaus erfolgen und nur solange sie der Behandlung dient. Die Regelungen zur Zwangsbehandlung sollen entsprechend dem Maßregelvollzugsgesetz übernommen werden;

- Verbindliche Kooperation und Vernetzung aller Akteure durch flächendeckende regionale Steuerungsverbände;

- Einführung einer Psychiatrie-berichterstattung mit regelmäßiger Erhebung bevölkerungs-, einrichtungs- und maßnahmebezogener Daten, die dem Bayerischen Landtag vorzustellen ist. Die Weiterentwicklung der Versorgung soll durch ein vom Landtag beauftragtes Gremium begleitet werden.

Der Bezirkstag fordert mit Nachdruck, dass sich die Staatsregierung an den im breiten Konsens mit Betroffenen, Angehörigen, Leistungserbringern und Leistungsträgern gefundenen Ergebnissen der Arbeitsgruppen und den genannten Kernforderungen im weiteren Gesetzgebungsprozess eng orientiert. > HENNER LÜTTECKE

Bezirkstagspräsident Mederer zum PsychKG

„Der Aspekt der Hilfe steht im Vordergrund“

Die bayerischen Bezirke treten schon seit Längerem für ein Gesetz ein, das Hilfe- und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen regelt. Das derzeit noch geltende Unterbringungsgesetz aus dem Jahre 1992 soll durch ein Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) abgelöst werden, das die Hilfe für psychisch kranke Menschen in den Vordergrund stellt.

„Wir brauchen ein Gesetz, das von den betroffenen Menschen akzeptiert wird, weil es ihre Rechte schützt und den Hilfeaspekt in den Vordergrund rückt. Zudem soll es Orientierung geben, wie das Hilfesystem im Vorfeld einer Krise ausgestaltet sein muss und so ineinandergreift, damit es am besten gar nicht zu einer Unterbringung kommt“, betont in Banz der Präsident des Bayerischen Bezirkstags Josef Mederer. Der Bayerische Bezirkstag fordert deshalb einen flächendeckenden Ausbau der psychiatrischen Krisendienste in Bayern. „Allerdings: Die Bezirke können die Kosten für ein solches bayernweites Krisennetz-

werk nicht alleine schultern. Der Freistaat soll sich mit mindestens 50 Prozent an den Kosten beteiligen. Nur so können wir eine gute und in allen Landesteilen gleichwertige Versorgung sicherstellen“, so Mederer.

Öffentlich-rechtliche Unterbringung regeln

Das PsychKHG soll zudem die öffentlich-rechtliche Unterbringung regeln. Diese Art der Unterbringung unterscheidet sich dabei fundamental vom Maßregelvollzug, wo ausschließlich strafrechtlich verurteilte Patienten untergebracht sind. Bezirkstagspräsident Josef Mederer setzt sich deshalb auch für die Entstigmatisierung der öffentlich-rechtlich Unterbrachten ein: „Menschen in seelischen Krisen dürfen nicht zusätzlich stigmatisiert werden. Parallelen zur Forensik müssen dabei unbedingt vermieden werden, da es sich bei den Patienten um einen ganz unterschiedlichen Personenkreis handelt.“ > M.S.

Lebhafte Podiumsdiskussion

Bezirke und Ministerin Huml sehen viele Schnittmengen

„Psychiatrie in Bayern. Auftrag der Bezirke. Gestern – Heute – Morgen“ unter diesem Motto setzte die Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags im oberfränkischen Kloster Banz viele wichtige Akzente. Im Mittelpunkt stand dabei das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG).

In einer lebhaften Podiumsdiskussion tauschten neben Bezirkstagspräsident Josef Mederer auch Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU), der Ärztliche Direktor des BKH Kempten, Professor Peter Brieger, sowie Martina Heland-Gräf vom Landesverband Psychiatrie-Erfahrener und Karl-Heinz Möhrmann vom Landesverband der Angehörigen psychisch Kranker ihre Positionen aus. Mederer betonte dabei, dass „es selten so viele Schnittmengen in den Fachkreisen, der Politik und bei den Betroffenenverbänden gab, wie bei diesem Gesetz“. Dies sei eine gute Ausgangslage. Einigkeit bestand weitestgehend in der Einführung eines flächendeckenden psychiatrischen Krisendienstes in Bayern.

Auch Melanie Huml begrüßte den Vorstoß der Bezirke. Strittig sei derzeit noch die Finanzierung solcher Krisendienste. Die Gesundheitsministerin wies deshalb noch einmal darauf hin, dass man erst eine gesetzliche Grundlage brauche. Sie setzt zudem darauf, dass man bei den Kosten auch die Krankenkassen mit ins Boot holen könne. Ein wichtiger Aspekt sei in dem gesamten Kontext aber die Transparenz, die man sich von einem zentralen Register erhoffe, in dem alle Zwangsmaßnahmen erfasst werden sollen.

„Alles, was aufgeschrieben werden muss, überlegt man sich einmal mehr. Wir sehen darin einen pädagogischen Vorgang“, so Heland-Gräf. Auch die Bezirke fordern ein solches Register ebenso wie eine Psychiatrie-berichterstattung, die in einem zentralen Monitoring Daten und Entwicklungen von Menschen mit psychischen Erkrankungen erfasst. Für Huml haben die Krisendienste derzeit Priorität. Sie befürchtet, dass die Psychiatrie-berichterstattung das Gesetzesverfahren zeitlich verzögern könnte. > M.S.

„Instanz sozialer Gerechtigkeit“

Statements der Fraktionen zum Tätigkeitsbericht

In der Aussprache nach dem Tätigkeitsberichts von Präsident Mederer betonten die Sprecher große Übereinstimmungen in vielen Sachfragen. „Wir sind eine hörbare und sichtbare Instanz, die unverzichtbar für die soziale Gerechtigkeit ist“, fasste Erwin Dotzel, Sprecher der CSU-Fraktion, das vergangene Jahr zusammen. Aber klar sei auch, dass „man lange bohren muss, um Forderungen auch durchsetzen zu können“.

Auch Gerhard Wimmer (SPD) lobte die „gewachsene Position“ der Bezirke in der kommunalen Familie. Als besondere Errungenschaft nannte Wimmer auch die Beteiligung an der Härtefallkommission. Das Teilhabegesetz sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, auch wenn der Kabinettsvorschlag kein Quantensprung sei. Wimmer zeigte auf, dass durch die Flüchtlinge die Kinder- und Jugendpsychiatrie besonders belastet sei: „In der vergangenen Woche lag die Auslastung bei 160 Prozent, ein mehr als alarmierendes Zeichen.“

Tamara Bischoff (Freie Wähler) betonte, dass das Thema „Psychia-

trie“ zu Recht diesen Raum in Banz bekam. In allen Bezirken seien die psychiatrischen Betten mehr als ausgelastet. „Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, was in unserer Gesellschaft schief läuft. Warum sind zum Beispiel so viele Kinder und Jugendliche erkrankt und behandlungsbedürftig?“

Kirsi Hofmeister-Streit (Bündnis 90/Die Grünen) verwies darauf, dass das geplante Teilhabegesetz „nicht ihr Gesetz“ sei und forderte deutliche Nachbesserungen. Das neue MRV-Gesetz habe zwar kleine Fehler, weise aber in die richtige Richtung. Das geplante PsychKHG sei sinnvoll, auch vor dem Hintergrund, dass Bayern die höchste Zahl von Unterbringungen aufweise. Umso wichtiger sei es, dass der Krisendienst der Psychiatrie ausgeweitet werde.

> HENNER LÜTTECKE

VERANTWORTLICH
für beide Seiten:
Bayerischer Bezirkstag,
Redaktion: Ulrich Lechleitner